

**Tagesordnungspunkt 12****Sonstiges****(a) EntschlieÙung zu rechtsextremistischen Versuchen, Gewerkschaften zu unterwandern**

1. Der IGB-Vorstand verurteilt die Versuche rechtsgerichteter politischer Extremisten, Gewerkschaften zu infiltrieren und Gewerkschaftsaktivitäten zu untergraben, u.a. durch Anschläge auf die CGIL-Büros in Rom am 9. Oktober und auf die Büros der Gewerkschaft CFMEU am 20. September in Melbourne. Rechtsextremisten versuchen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und die Besorgnis einiger Menschen angesichts legitimer Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 und zum Schutz unerlässlicher Gesundheits- und anderer öffentlicher Dienstleistungen für ihre Zwecke zu nutzen. Diese Versuche sind Teil einer allgemeineren Serie von Anschlägen auf Menschen und Organisationen, die für grundlegende Menschenrechte eintreten und Rassismus, geschlechtsspezifische Diskriminierung, Homophobie, die Verunglimpfung von Migranten und Flüchtlingen sowie andere Formen von Diskriminierung bekämpfen.
2. Der Vorstand verurteilt zudem sämtliche, oftmals von Rechtsextremisten angezettelte Angriffe auf Beschäftigte im Gesundheitswesen und andere, bekundet seine Solidarität mit all denen, die Drohungen, Einschüchterung und Gewalt, geschürt durch extremistische Ideologien, ausgesetzt sind und appelliert an die Regierungen, sicherzustellen, dass arbeitende Menschen geschützt und die Täter vor Gericht gestellt werden.
3. Der Vorstand nimmt ferner mit Erschrecken die Mitschuld gewisser Social-Media-Konzerne und anderer Medien, die von der Verbreitung von Hassreden und Falschinformationen profitieren, zur Kenntnis und fordert umgehende Maßnahmen seitens der Aufsichtsbehörden, um diese Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen und ihre Komplizenschaft beim Schüren von Gewalt und Misstrauen zu beenden.
4. Der Vorstand verurteilt darüber hinaus diejenigen in Autoritätspositionen, auch in der Politik, die sich durch die Verbreitung falscher Informationen über die Pandemie einen politischen Vorteil verschaffen wollen, die personenbezogene Daten von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens veröffentlichen und Gewalt gegen sie schüren. Der Vorstand wiederholt die Bedeutung von Impfungen und verurteilt die Einschüchterung von Menschen, die impfen oder eine Impfung befürworten.
5. Der Vorstand appelliert an alle Mitgliedsorganisationen, angesichts dieser Drohungen wachsam zu bleiben und den IGB über Versuche, Gewerkschaften zu unterwandern und ihre Aktivitäten zu stören, auf dem Laufenden zu halten. Der Vorstand zollt all denen Respekt, die für die bleibende Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu grundlegenden Rechten und Freiheiten eintreten, wobei sie vielfach ihre eigene Sicherheit gefährden, und bekräftigt unsere Verpflichtung zur Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Intoleranz überall.